

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 379

Einwohnerratssitzung vom Montag, 24. November 2008, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	38 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Philippe Doppler, Fredi Wiesner
Vorsitz	Christian Schäublin, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Interpellation von Stephan Ackermann betr. „Hochhauskonzept“ 2569
2. Zonenplan Siedlung, Planung Pratteln Nord, Mutation Nr. 13 „Schweizerhalle“, Bericht der Bau- und Planungskommission, 1. Lesung 2556
3. Nichtformulierte Gemeindeinitiative über Kantonsstrassenbeiträge für den Unterhalt der Gemeindestrassen in der 10 km-Zone für 40 Tonnen-Lastwagen vom 23. Juni 1999 / Rückzug 2566
4. Quartierplanvorschriften „Hardmatt“, 1. Lesung 2567
5. Quartierplanvorschriften "Häring und Coop Areale", 1. Lesung 2573
6. Beschaffung eines Personentransporters für den Zivilschutz 2574
7. Interpellation der Fraktion Grüne/Unabhängige betr. „Brunnen an der Tramendstation stillgelegt“ 2570
8. Interpellation der Fraktion Grüne/Unabhängige betr. „Störenfriede im Schulbus“ 2571
9. Fragestunde (nach der Pause)

Mitteilungen:

Petra Ramseier (UP) tritt aus dem Einwohnerrat per Ende 2008 aus persönlichen Gründen zurück und möchte ihrer wachsenden Familie in Zukunft mehr Zeit widmen. Sie bedankt sich bei allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten, dem Gemeinderat und der Verwaltung für die letzten 8 Jahre, die für sie eine sehr interessante und spannende Zeit waren. Petra Ramseier nimmt sehr viele und vielfältige Erinnerungen mit.

Christian Schäublin weist darauf hin, dass heute der letzte Termin ist, um Budgetpostulate einzureichen.

Neue persönliche Vorstösse:

- Motion der SVP-Fraktion „Verkehrslösung Gebiet Hardmatt/Kunimatt/Grüssen/Hohenrain“ vom 24. November 2008

Bereinigung Geschäftsverzeichnis:

Das Büro des Einwohnerrates schlägt vor, die Interpellation von Stephan Ackermann betreffend „Hochhauskonzept“ an erste Stelle vorzuziehen, weil mit dieser Interpellation Fragen beantwortet werden können, die in direkten Zusammenhang mit den Quartierplanvorschriften, insbesondere "Häring und Coop Areale", stehen.

://: Die Verschiebung der Interpellation von Stephan Ackermann an den Anfang ist unbestritten.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2569 Interpellation von Stephan Ackermann betr. „Hochhauskonzept“

Aktenhinweis:

- Interpellation von Stephan Ackermann betr. „Hochhauskonzept“ vom 27. Oktober 2008

GR Rolf Wehrli: Danke für die Zustimmung zur Änderung des Geschäftsverzeichnisses. Wir möchten Ihnen noch weitere Hintergrundinformation zum Hochhauskonzept vermitteln. Einerseits kommen wir zur Beantwortung der Interpellation des Hochhauskonzeptes, andererseits ist der Leiter der Abteilung Bau, Dieter Härdi, anwesend, der Ihnen das Hochhauskonzept vorstellt und weitere Informationen vermitteln kann. Zuerst zur Beantwortung der Interpellation:

1. Wer hat einen Auftrag für ein Prattler Hochhauskonzept erteilt?

Das war der Gemeinderat.

2. Hat das Hochhauskonzept Auswirkungen auf Planungen in Pratteln?

Ja. Mit dem Konzept sollen die Standorte zukünftig möglicher Hochhausprojekte eingeschränkt respektive räumlich korrekte Projekte gefördert werden.

3. Auf welche rechtliche Basis stützt sich das Konzept?

Das Hochhauskonzept hat keine eigenständige rechtliche Basis wie beispielsweise eine Zonenplanung oder ein Quartierplan. Das Hochhauskonzept soll ein wertvolles Hilfsmittel sein, um auf zukünftige Hochhäuser richtig zu reagieren. Bei weiteren Planungsstufen, beispielsweise einem Quartierplan -bei einem Hochhaus immer notwendig- kann dann gut begründet reagiert werden. Bei einer allfälligen Absage an ein Hochhaus kann mit dem vorhanden Konzept aussagekräftig argumentiert werden.

4. Muss das Hochhauskonzept nicht in die Zonenplanung einbezogen werden?

Nein; konzeptionelle Überlegungen sind nicht Bestandteil der Zoneplanung, weil konzeptionelle Aussagen keine verbindliche Aussagen machen. Ob ein Hinweis im

orientierenden Inhalt sinnvoll ist, ist noch mit der Abteilung Raumplanung abzusprechen.

5. Sollte ein gültiges Planungsinstrument nicht vom Gemeindeparlament abgesegnet werden?

Weil es sich nicht um ein direkt wirkendes Planungsinstrument handelt, ist eine Genehmigung auf Grund der Verbindlichkeit „Konzept“ nicht sinnvoll. Die Information über den Inhalt dieses Hilfsmittels ist wichtig. Weiter sind wir in der Planung eines grösseren Informationsanlasses, der Grössenordnung Mitte bis Ende Januar 2009 stattfinden soll. Hier wird nicht nur über das Hochhauskonzept informiert, sondern auch über weitere strukturelle Projekte, die die Gemeinde vorhat, darunter auch der eine oder andere Quartierplan.

Dieter Härdi, Leiter Abteilung Bau stellt das Hochhauskonzept an Hand von Folien und mündlichen Erläuterungen vor. Eine Zusammenfassung der Erläuterungen und der verwendeten Folien befindet sich im Anhang zu diesem Protokoll.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig Diskussion.

Stephan Ackermann: Herzlichen Dank für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Ich habe noch nie erlebt, dass sogar ein Fachredner gekommen ist, um eine Interpellation zu beantworten. Dies zeigt auch, wie wichtig diese Interpellation gewesen ist und man das Geschäft sogar vorgezogen hat. Dies ist für mich ein Zeichen, dass noch darüber diskutiert werden muss. Die Unabhängigen begrüssen ausdrücklich, dass der Gemeinderat ein Hochhauskonzept ausgearbeitet hat. Es ist sinnvoll, für so etwas Fachleute beizuziehen. Durch die Hochhäuser beim Bahnhof wird sich das Erscheinungsbild unserer Gemeinde wesentlich ändern, wie wir vorher gesehen haben. Die Weichen dazu hat der Einwohnerrat seinerzeit mit der Planung „Pratteln-Mitte“ gestellt, als er sagte, dass um den Bahnhof herum städtebauliche Akzente gesetzt werden können. Daraus heraus hat der Gemeinderat das Konzept erarbeitet. Das Konzept kommt zum Schluss, dass 60m Höhe genügen; auch dies ist eine rechte Höhe und 20m höher als das Gebäude Rohner. Weiter soll die Ost-West-Achse betont werden. Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen erwartet vom Gemeinderat, dass er auf die Fachleute hört und nicht, wie dies bereits angedeutet wurde, fast auf eine Lex Beyeler hinausläuft. Vielleicht kann noch näher erläutert werden, warum der Perimeter bis zur Hohenrainstrasse erweitert wurde. Das war damals nicht die Idee des Einwohnerrates. Unsere Fraktion bedauert, dass wir im Einwohnerrat dieses Papier nicht zur Kenntnis nehmen und diskutieren durften, bevor die Quartierpläne gekommen sind und ich glaube auch, dass wir dieses heute Abend nicht so schnell-schnell machen können. Bei der Vernehmlassung zum Quartierplan „Häring – Coop“ wäre es von Vorteil gewesen, wir hätten das Hochhauskonzept schon gekannt. Mit Befremden habe ich aus dem Prattler-Anzeiger gesehen, dass die FDP über das Hochhauskonzept schon informiert wurde. Am 30. Oktober wurde die FDP informiert und zwar vom Abteilungsleiter Bau. Ich begrüsse grundsätzlich, wenn die Verwaltung die Parteien und Öffentlichkeit informiert, nur ist mir etwas in den falschen Hals gekommen, weil gerade unsere Fraktion den Abteilungsleiter Finanzen zum Gespräch über das Budget einladen wollte und die Gemeindeverwalterin nicht begrüsst, dass direkt aus der Verwaltung informiert werden sollte. Warum das bei uns so ist und wenn die FDP mit 3 Gemeinderäten einen solchen Anlass macht, und der Abteilungsleiter gehen darf, verstehe ich nicht. In Zukunft müssen Alle Anrecht auf eine direkte Information durch die Verwaltung haben, wenn man das wünscht. Noch ein Mal Dank für das heutige Vorgehen und die ausführliche Präsentation.

Stefan Löw: In der Funktion als Parteipräsident der Freisinnigen möchte ich kurz orientieren, wie dies seinerzeit abgelaufen ist. Es ist nicht ganz so, wie Stephan Ackermann es geschildert hat. Im Rahmen unserer Herbstversammlung hatte ich schon im weiteren Vorfeld die Idee, was in Pratteln läuft, welche Projekte anstehen zu diskutie-

ren und bin mit diesem Anliegen zum zuständigen Gemeinderat gegangen. Weil dieser in der Ferien war, habe ich auf der Verwaltung nachgefragt, ob Jemand über Pratteln informieren würde. Unter Anderem hat Dieter Härdi uns dann auch über das Hochhauskonzept Auskunft gegeben, aber in keiner Art und Weise in dem umfassenden Rahmen wie hier geschehen. Es wurde lediglich angesprochen, unter den Einwohnerräten war bekannt, dass dieses Konzept in Arbeit ist und vom Informationsstand sind wir auch nicht in diesem Umfang informiert worden. Es handelte sich um einen lockeren Rahmen und nicht nur das Hochhauskonzept.

Stephan Ackermann: Der Gemeinderat hat den Perimeter Richtung Norden erweitert. Was ist der Grund, dass der Perimeter bis zur Hohenrainstrasse gezogen wird und nicht schon vorher endet?

GR Rolf Wehrli: Das Hochhauskonzept wurde im damaligen Wissensstand über die einzelnen Projekte erarbeitet. Während der Ausarbeitung des Konzeptes kam das Ceres-Projekt nach Pratteln und der Gemeinderat musste sich darüber Gedanken machen. Das Konzept wurde von Fachleuten ausgearbeitet; mit dem Kanton wurde Rücksprache genommen. Ceres wurde in den Perimeter aufgenommen, weil dort die direkte Tramverbindung in das Areal Salina-Raurica gehen wird und als Eingangsportal in das Gebiet Salina-Raurica gilt. Es handelt sich also um einen prädestinierten Standort für ein Hochhaus und darum wurde dieses Areal in das Gebiet aufgenommen.

Geschäft Nr. 2556 Zonenplan Siedlung, Planung Pratteln Nord, Mutation Nr. 13 „Schweizerhalle“, Bericht der Bau- und Planungskommission, 1. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 25. August 2008
- Bericht der BPK vom 21. Oktober 2008

Thomas Sollberger (Kommissionspräsident): Die BPK hat die Vorlage an 2 Sitzungen behandelt und die Fragen aus der Sitzung des Einwohnerrates vom 21. August 2008 beantwortet. Der Bericht dazu liegt vor. Es soll auf 2 Punkte weiter eingegangen werden. Erstens zur Frage 4 des Berichtes: Was neu als Spezialzone Rheinlehne bezeichnet wird, ist bisher nicht, wie im Bericht steht, Bauzone, sondern Land- und Forstwirtschaftszone gewesen. Die neu zulässigen Nutzungen werden im Artikel zur Spezialzone definiert und die entsprechenden Orte sind im Plan mit einer Nummer bezeichnet. Zweitens zum Antrag 2 der BPK: Dieser ist das Resultat von Überlegungen, die bereits die Begleitkommission gemacht hat, aber bisher nicht in die Mutation eingeflossen sind. Voraussetzungen für den Minergiestandard sind ausser der besseren Isolation auch eine Lüfterneuerung, die nicht über Fenster, sondern eine Lüftung funktioniert. Diese Lüftungen werden in der Regel in die Decke eingebaut; dazu braucht es eine etwas grössere Raumhöhe und mit diesem Antrag nehmen wir darauf Rücksicht. Im Landrat ist ebenfalls ein Postulat mit derselben Stossrichtung hängig.

Urs Hess: Die SVP-Fraktion steht hinter der BPK. Wir haben hier ein Gebiet, wo wir zum grössten Teil Geschichtsschreibung machen, weil uns die Geschichte überholt hat, weil wir im Einwohnerrat nicht so schnell waren. Es gut aufgegleist und wir bitten, dem Geschäft zuzustimmen.

Eva Keller: Auch die SP-Fraktion hat das Geschäft geprüft. Wir danken an dieser Stelle der BPK für ihre Arbeit und stimmen dem Antrag der BPK zu.

Roger Schneider: Auch wir haben das Planwerk und den Bericht studiert und danken für das Engagement. Trotzdem haben wir noch Fragen. Zu Punkt 3: Dort steht, dass „der Artikel hier nicht angepasst werden kann, da er zusammen mit dem Zonenreglement Pratteln-Mitte bereits vom Kanton genehmigt wurde“. Meinem Wissen nach stimmt dies so nicht, er ist noch nicht genehmigt und die Bestimmung kann deshalb geändert werden. Zu Punkt 4: Die Spezialzone Rheinlehne gab es schon früher, aber sie war nicht Bestandteil des Bauperimeters und gelang neu in den Bauperimeter. Zu Punkt 6: Handelt es sich bei den Quartierplänen um Quartierpläne, die im ordentlichen Verfahren (Einwohnerrat) erlassen werden oder im vereinfachten Verfahren durch den Gemeinderat?

Mario Puppato: Auch die FDP-Fraktion hat die Unterlagen geprüft und den Bericht gerühmt. Antrag 2 hat Diskussionen gegeben. Hier heisst es „Die maximal zulässige Gebäudehöhe und Gebäudelänge kann aufgrund der benötigten minergietechnischen Gebäudeausstattung geringfügig überschritten werden.“ Was heisst „geringfügig“? Wir haben die Antwort erhalten „Sicher kein Stockwerk mehr“ und eine technische Erhöhung kann höchstens 20 bis 30cm betragen. Wir sagen: 35m Höhe ist in Ordnung und die Erhöhung soll im Zentimeterbereich liegen. Im Übrigen stimmen wir den Anträgen zu.

Roger Schneider: Wir können die Fragen auch in der zweiten Lesung beantworten. Im Übrigen unterstützen wir die Anträge der BPK.

1. Lesung Zonenreglement Siedlung Mutation Schweizerhalle

Art. 7 Gewerbebezonen und Industriezonen

Es liegt **Antrag 1** der BPK zu Abs. 4 vor: *1. Verkaufsflächen für Güter mit überkommunalem Besucherkreis sind in den bezeichneten Gebieten zugelassen. Verkaufsflächen für den täglichen Bedarf bis 500 m² Nettoladenfläche gelten nicht als Betriebe für überkommunalen Besucherkreis; pro Quartier ist ein solcher Betrieb in allen Industrie- und Gewerbebezonen zulässig. Der Verkauf von an Ort produzierten Waren ist gestattet.*

://: Der Einwohnerrat stimmt Antrag 1 der BPK mit grossem Mehr zu 4 Enthaltungen zu.

Es liegt **Antrag 2** der BPK zu Abs. 9 vor: *Ab Niveau Rheinstrasse ist eine Gebäudehöhe von maximal 15 m einzuhalten. Die maximale Gebäudelänge beträgt 35 m. Neu: Die maximal zulässige Gebäudehöhe und Gebäudelänge kann aufgrund der benötigten minergietechnischen Gebäudeausstattung geringfügig überschritten werden. Der ökologischen Vernetzung ist bei Neubauten gebührend Rechnung zu tragen.*

://: Der Einwohnerrat stimmt Antrag 2 der BPK einstimmig zu.

Art. neu (nach Art. 14) Spezialzone Rheinlehne

Roger Schneider: Wie bereits angekündigt, haben wir folgende Anträge: Zu Abs. 2: *Neubauten sind nur zulässig, wenn sie den Zweckbestimmungen und Zielen dieser Zonen dienen und Bestandteil eines Quartierplanes gemäss Abs. 7 sind.* Es ist nicht klar, welche Bauprojekte in dieser Spezialzone mit oder ohne Erarbeitung eines Quartierplanes möglich sind. Zu Abs. 7: *In der Spezialzone Rheinlehne besteht eine Quartierplanpflicht im ordentlichen Verfahren. Der Quartierplan zeigt insbesondere auf und regelt:*

Mario Puppato: Was Roger Schneider gesagt hat, tönt im ersten Moment vernünftig. Bevor es nicht schriftlich vorliegt, sollten wir keine Stellung dazu nehmen. Ich schlage vor, dass es schriftlich verteilt und an der zweiten Lesung behandelt wird.

://: Der Einwohnerrat stimmt dem Vorgehensvorschlag von Maria Puppato zu.

Christian Schäublin liest die obigen Anträge zu Abs. 2 und Abs. 7 und auch den vorher noch nicht erwähnten Antrag zu Art. neu (nach Art. 12) Ökologische Vernetzungssachse: *In der Zone ökologische Vernetzungssachse ist der Rangierbetrieb gewährleistet. Extensive Erholungs- und Freizeitnutzungen sind soweit erlaubt, wie sie die Vernetzungsfunktion und den Rangierbetrieb nicht beeinträchtigen.*“

Art. neu (nach Art. 12) Zone ökologische Vernetzungssachse

Keine Wortmeldungen.

Mutation zum Strassennetzplan Nr. 28 (Schweizerhalle)

Hierzu liegt **Antrag 3** der BPK vor. Dieser lautet: Der Verlauf des Perimeters des Teil-Strassennetzplans wird im Gebiet Rheinlehne (Bereich Salinenstrasse/Rheinstrasse) dem Verlauf des Perimeters der Zonenplans Siedlung, Mutation Schweizerhalle, angepasst.

://: Der Einwohnerrat stimmt Antrag 3 der BPK einstimmig zu.

GP Beat Stingelin: Zu den Änderungsanträgen: Ich glaube -bin mir nicht ganz sicher- dass wir in der Begleitkommission davon ausgegangen sind, dass alles im Quartierplanverfahren durchgeführt wird. Es ist sinnvoll, dass Thomas Sollberger die Protokolle durchsieht; dort ist es vermerkt. Ich möchte mich bei der Begleitkommission für die tolle Arbeit bedanken. Es hat sich gezeigt, dass die Planung für ein grosses Gebiet zur Zufriedenheit fast Aller durchgeführt werden konnte.

Petra Ramseier: Zum Votum von GP Beat Stingelin: Ich denke, das war Meinung der Kommission. Als wir den Text durchgelesen haben, hatten wir die Meinung, er könnte auch ganz anders interpretiert werden. Vielleicht müsste diese Passage neu formuliert werden, damit Sicherheit gewährleistet ist.

Roger Schneider: Auch die Gemeinde könnte einen Quartierplan veranlassen. Von welchem Konzept, das umgesetzt werden soll, ist die Rede in Abs. 7? Zur Zone ökologische Vernetzungssachse: Wir wissen, dass dort unten Alles am Bauen ist und wir hinter den Ereignissen herhinken. Wird die Breite von 20m eingehalten und wer kontrolliert?

GP Beat Stingelin: Vielleicht bin ich gar nicht für eine Antwort legitimiert, weil dies hier eigentlich Kommissionsangelegenheit ist, und ich bitte die Kommission, die Fragen mit der Abteilung Bau abzuklären; ich möchte hier nichts etwas zum Stegreif heraus sagen.

://: Die 1. Lesung des Zonenplan Siedlung, Planung Pratteln Nord, Mutation Nr. 13 „Schweizerhalle“ wird abgeschlossen.

Geschäft Nr. 2566

**Nichtformulierte Gemeindeinitiative
über Kantonsstrassenbeiträge für den
Unterhalt der Gemeindestrassen in der
10 km-Zone für 40 Tonnen-Lastwagen
vom 23. Juni 1999 / Rückzug**

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 21. Oktober 2008

GR F. Knöpfel: 1999 hat Pratteln zusammen mit 7 anderen Gemeinden diese Initiative eingereicht. Sie hat vom Kanton Gelder aus dem sog. LSVA – Topf für die übermässige Abnützung der Gemeindestrassen gefordert durch 40-Töner im 10-km-Korridor. Der Regierungsrat hat dem Landrat die Ablehnung der Gemeindeinitiative beantragt, weil in der Zwischenzeit kein 10-km-Korridor mehr besteht. Die von den 40-Tönern befahrenen Strassen verteilen sich heute auf die ganze Schweiz und eine übermässige Belastung der Strassen kann nicht mehr geltend gemacht werden. Jede Gemeindeinitiative kann zurückgezogen werden. Die Rückzugsbeschlüsse müssen durch den Einwohnerrat oder die Gemeindeversammlung beschlossen werden. Der Gemeinderat Pratteln ist diesem Anliegen gefolgt und hat 4 Gemeinden gefunden, die ihren Legislativen den Rückzug ebenfalls beantragen. So kann eine relativ teure Abstimmung vermieden werden und deshalb bitte ich den Einwohnerrat Pratteln, dem Rückzug der Initiative zuzustimmen.

Christoph Zwahlen: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen hat mit Befremden zur Kenntnis genommen, dass man so leicht auf eine Forderung von Geldern verzichten will. In der Vorlage ist erstens ein grosser Fehler. Dort steht „Der Regierungsrat hat dem Landrat die Ablehnung der Gemeindeinitiative beantragt“. Das Blatt ist vom 21. Oktober datiert und eigene Recherchen haben ergeben, dass der Landrat diese Initiative schon im Februar zur Ablehnung empfohlen hat. Dieser Beschluss wäre sicher bekannt, wenn man sich dafür interessiert hätte. Wenn der Regierungsrat empfiehlt, dann kann er den Landrat beeinflussen, in eine bestimmte Richtung zu gehen oder auch nicht. Wenn der Beschluss jedoch schon gefallen ist, ist die Situation ganz anders. Man kann schon sagen, den Korridor gibt es nicht mehr, er ist aufgehoben. Sind in Pratteln und den anderen Gemeinde der Initiative diese Fahrzeuge nun verschwunden und fahren beispielsweise in Häfelfingen oder Läuelfingen im Oberen Baselbiet herum? Ich vermute nicht, denn Pratteln hat nach wie vor die 40-Töner sehr konzentriert und die anderen Gemeinde ebenfalls. Vielleicht hat sich der Korridor etwas ins Ergolztal ausgedehnt. Aber statt die unformulierte Initiative zurückzuziehen, könnte sie so angepasst werden, dass der Inhalt mit dem Korridor herausgenommen wird und alle betroffenen Gemeinden wieder eine Forderung erheben können um etwas aus dem Geldtopf zu bekommen. Die Gelder der LSVA gehen zu einem Drittel an die Kantone, der Rest verbleibt beim Bund. Es ist nicht ganz ersichtlich, warum nur die Kantonsstrassen von diesem Geld profitieren und die Gemeinden die Schäden aus der eigenen Kasse bezahlen sollen. Gemeindestrassen werden über normale Steuergelder finanziert. Uns wäre es angenehm gewesen, die Initiative so zur Abstimmung zu bringen, dass sie den heutigen Verhältnissen angepasst ist. Jetzt hat der Landrat die Ablehnung beschlossen und es ist schwierig, Gegensteuer zu geben. Wir möchten daher vom Gemeinderat wissen, ob er bereit ist, sich beim Kanton für eine andere Art von Abgeltung dieser übermässigen Beanspruchung der Gemeindestrassen einzusetzen. Der Kanton gibt das Geld nicht gerne ab, aber man muss sich darum bemühen.

Kurt Lanz: Die SP-Fraktion unterstützt den Rückzug. Der Gemeinderat kann beim Kanton für die Mehrnutzung der Strassen auch so vorstellig werden. Nachdem der

Landrat bereits dagegen gestimmt hat, ist es nicht sinnvoll, dort weiter zu machen. Es geht mir noch um das Verfahren der Vorlage. Wir würden heute Abend offensichtlich beschliessen, dass der Einwohnerrat Richtig ist der Beschluss der Antrag und der Beschluss müsste lauten: „Die Initiative wird zurückgezogen“. Ich nehme an, dass Büro wird entsprechend abstimmen.

Stefan Löw: Die FDP-Fraktion hat dies zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Diskussion deponiert, dass es ein Witz ist, eine nichtformulierte Initiative auf die lange Bank zu schieben, bis sie sich in 8 Jahren selber erledigt. Dies bedauern wir.

GR F. Knöpfel: Einmal mehr stellt der Einwohnerrat einen „Wischiwaschi-Antrag“. Wenn Ihr wirklich etwas vom Gemeinderat möchtet, reicht ein Postulat ein. Der Gemeinderat sieht keine Handhabe, beim Kanton vorstellig zu werden, die Gemeindestrassen zu zahlen. Das muss von Euch kommen; vom Gemeinderat aus bringt das überhaupt nichts.

Christian Schäublin: Die Abstimmung erfolgt bezüglich Vorschlag von Kurt Lanz. Im Antrag des Gemeinderates heisst Punkt 2 neu „Antrag“ mit folgendem Text: „Der Einwohnerrat zieht die nichtformulierte Gemeindeinitiative über Kantonsbeiträge für den Unterhalt der Gemeindestrassen in der 10-km-Zone für 40-Tonnen-Lastwagen vom 23. Juni 1999 zurück“.

://: Der Einwohnerrat stimmt mit grossen Mehr bei 7 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen dem Rückzug der Gemeindeinitiative zu.

Geschäft Nr. 2567 Quartierplanvorschriften „Hardmatt“, 1. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 21. Oktober 2008

GR R. Wehrli: Der Gemeinderat freut sich, Ihnen die Quartierplanvorschriften Hardmatt zur Beratung und Genehmigung zu unterbreiten. Auch der Gemeinderat ist davon ausgegangen, dass dieses Geschäft an die BPK überwiesen wird. Einige Bemerkungen zum Eintreten: Das ADMES-Areal war in den vergangenen Jahren verschiedentlich Gegenstand von Interpellationen. Basis dazu waren nicht die geplanten Bauaktivitäten, sondern Einzäunungen und sogar Ratten. Dies ist nun Vergangenheit und wie Sie den Unterlagen entnehmen, wird es sogar teilweise grün. Vorgesehen sind ein Gartencenter, ein Geschäftshaus und eine Tankstelle. Nach einer intensiven Vorprojektphase und der Ausarbeitung der Vorschriften wurde die Planung im Sommer den Anwohnern vorgestellt. Im Mitwirkungsbericht wird im Detail auf die Eingaben eingegangen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass das ADMES-Areal einer geeigneten und zweckmässigen Nutzung zugeführt wird und empfiehlt ihnen, auf das Geschäft einzutreten.

Gert Ruder: Diese Vorlage ist gut genug, um darauf einzutreten. Es gibt Punkte, die so, wie sie in der Vorlage festgehalten sind, unsere Zustimmung verdienen, aber auch andere, die Erklärungsbedarf aufweisen oder der Korrektur bedürfen. Ausschlaggebend für Korrekturen und Anpassungen ist für die SP-Fraktion die kantonale Vorprüfung vom 30. September 2008. Das Papier darf bereits anlässlich der Eintretensdebatte durchaus lobend und richtungweisend erwähnt werden, setzt es sich doch eingehend mit der Planung und Reglementierung auseinander, so dass wirkliche unmissverständliche sogenannte „zwingende Vorgaben“ gemacht werden. Allerdings geht aus den Unterlagen des Gemeinderates und auch dem Plan nicht genügend

hervor, wie die zwingenden Vorgaben verbindlich umgesetzt werden sollen. Deshalb ist die SP-Fraktion für Eintreten aber nicht gleicher Meinung wie das Büro, Wir sind für Kommissionsberatung, weil noch zu viele Punkte einer weiteren Erklärung bedürfen. Deshalb empfehle ich Ihnen im Namen der SP-Fraktion, auf das Geschäft einzutreten, aber der BPK zu Überprüfung zuzuweisen. Allerdings ist es sinnvoll, schon heute Abend die wichtigsten zu überprüfenden Punkte oder Änderungen der BPK auf den Weg mitzugeben. Ich bitte deshalb das Präsidium, die Diskussion entsprechend zu ermöglichen. Andernfalls müsste heute Abend mit einer Flut von Anträgen und nicht beantworteten Fragen gerechnet werden. In dem Sinn bitte ich Sie, auf das Geschäft einzutreten.

Petra Ramseier: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist ebenfalls für Eintreten und Überweisung an die BPK. Wir haben noch nicht alle Fragen zusammen heute Abend und daher wird noch eine Nachlieferung kommen. Für uns ist das wichtigste Anliegen, dass als Grundlage zur Beurteilung dieses Projektes vor allem das früher erarbeitete Verkehrskonzept (daraus entstanden die Kreisel-Perlenkette, die Anzahl der Parkplätze) aktualisiert wird. Wir möchten gerne vor einer Beurteilung dieses Projektes wissen, wie viele dieser früher geschätzten Parkplätze und Fahrten tatsächlich umgesetzt wurden, wie viele davon nicht umgesetzt wurden und als freie Kapazität noch nutzbar sind. Dies, damit wir wissen, auf welcher Basis wir das neue Projekt beurteilen müssen. Wir möchten der Gemeinde mitgeben, dass jetzt der Zeitpunkt ist, ein Update zu machen, damit wieder von aktuellen Fakten ausgegangen werden kann. Wir stellen ein Fragezeichen bei der Tankstelle und vor allem dem Tankstellen-shop: Wie sind die Betriebszeiten, wie wird das Verkehrsaufkommen sein? Gibt es andere Öffnungszeiten als das Gartencenter, darf es das oder nicht?

Albert Willi: Auch die SVP-Fraktion ist für Eintreten und Überweisung an die BPK. Bei uns in der Fraktion hat vor allem zu diskutieren gegeben: Die heutige Verkehrssituation mit nur 1 Querverbindung von den Hohenrainstrasse in die Rheinstrasse über die Autobahn. So könnte der ordentliche Berufsverkehr teilweise stark eingeschränkt werden und diese Personen stehen nicht gerne im Stau. Dies ist eine Behinderung der Arbeit jener kleinen Betriebe, die in diesem Gebiet hin und her fahren müssen. Dies kostet Zeit und Personal. Weiter möchten wir abgeklärt haben, wann endlich die Kreisel gebaut werden und wann die Kraftwerkstrasse in Betrieb genommen wird oder nicht oder ob, wie dies in gewissen Plänen enthalten ist, die Verbindung bei Planzer vorbei über die Autobahn hinweg in Frage kommt. Wir bitten den Gemeinderat, beim Regierungsrat zünftig Druck aufzusetzen, damit dies nicht auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben wird. Die Situation der Talstrasse ist eine Katastrophe, weil wir ständig im Stau stehen. Wenn der Kanton das Geld, dass er für die Planung aufgeworfen hat, in die Ausführung stecken würde, könnten wir schon lange dort fahren. Wir hoffen, dass sich die Gemeinde Pratteln der Sache annimmt und dabei die Regierung Druck aufsetzt. Wir können nicht so lange warten und haben ständig ein Verkehrschaos. Man kann schon sagen, es sollen Alle mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gehen, aber wer holt mit dem Fahrradanhänger einen grossen Gegenstand im Gartencenter? Es geht trotzdem jeder mit dem Auto einkaufen.

Rudolf Meury: Auch wir sind für Überweisung an die BPK. Etwas hat mich verunsichert: Gert Ruder hat gesagt, wir sollen der Kommission Informationen geben. Ich zweifle -auch nach dem letzten Geschäft der BPK, obwohl man findet, es sei nicht schlecht gemacht und es blieben trotzdem wieder Fragen- ein ketzerischer Gedanken: Ist die BPK überhaupt in der Lage, solch ein komplexes Geschäft zu behandeln und zu bearbeiten, wenn nicht ein mal der Kommissionspräsident bei Fragen vorne steht? Blicken die 5 Leute der BPK durch, checken sie die Sachverhalte oder müssen wir hierin eine Kommissionssitzung machen? Ich bin nämlich der Meinung, wir müssen nicht hierin diskutieren, das soll die BPK machen, aber wenn man es so machen will, müsste man die BPK ersetzen oder erweitern. Dies ist auch eine Variante.

Gert Ruder: Ich bin nicht bereit, mir von Dir, lieber Ruedi Meury, bestimmte Sachen unter den Hut schieben zu lassen. Ich habe es nicht so gemeint, wie Du es interpretiert hast. Ich bin der Meinung, wir sind beim Eintreten und Eintreten ist noch nicht beschlossen. Wenn Eintreten beschlossen ist, geht es nachfolgend um Beratungsformen. Dann gibt es entweder Direktberatung, dann äussert man sich zu dem, oder Kommissionsberatung. Das ist das Verfahren. Im normalen Ratsbetrieb werden alle Erklärungen, Bemerkungen, Fragen usw. für den Gemeinderat oder die BPK erst gemacht, wenn Eintreten beschlossen ist.

Christin Schäublin: Eintreten ist unbestritten, es folgt Direktberatung.

Gert Ruder: Wir haben verschiedene Papiere erhalten und ich habe mir einige Sachen zur Stellungnahme zur Vorprüfung herausgeschrieben. Ich nehme das zuerst, was mir am meisten aufgestossen ist. Zu Punkt 21 Anlieferungszeiten schreibt der Gemeinderat ganz locker bzw. weigert sich eine Stellungnahme zur Anlieferung zu machen. Warum verweigert sich hier der Gemeinderat? Punkt 2 Aufwertung Persilwegli: Wie will der Gemeinderat die Neugestaltung des Persilwegli sicher stellen und auf die erhöhten Anforderungen an eine kantonale Radroute eingehen, wenn die dazu notwendige Parzelle im Quartierplan Hardmatt gar nicht ausgeschieden ist respektive wenn der Quartierplanperimeter eindeutig im Bereich West bis Südwest dieser Parzelle über die vorgesehene Radroute hinausgeht? Man sieht das an diesem Plan gut. Punkt 14 Baulinien: Die Gebäudeteile, welche den Mindestabstand von 7 m zur Achse des Persilwegli nicht einhalten, werden mit einer Baulinie umfahren und vermasst. Wie will der Gemeinderat dies realisieren, wenn die Achse des Persilwegli den Plänen gar nicht entnommen werden kann? Warum ist diese Achse im Quartierplan nicht eingezeichnet? Planungsbericht S. 12 zum Thema Anlieferungsrampe und Lärmschutz: Dort wird auf zwingende Gründe hingewiesen, dass die Anlieferungsrampe auf der Ostseite der Parzelle zu erstellen ist. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass diese Rampe auch der Westseite platziert werden könnte. Das benötigt bessere Erklärungen durch die BPK. Wir sind der Meinung, man könnte das Gebäude auch spiegelbildlich anordnen, so dass die Zufahrtsrampe auf der Westseite der Parzelle liegt und der Lärmschutz gegen die Wohnhäuser der Hardmatt gewährleistet wird. Weiter möchte ich der BPK noch mit auf den Weg geben: Weil die Achse des Persilwegli nicht erkennbar ist und der Quartierplanperimeter nicht dem kantonalen Radroutenkonzept angepasst wurde, auf der Parzelle 1003, dass ist die, von der wir hier reden und am liebsten auch auf allen Nachbarparzellen, wo das Persilwegli hindurch geht, von der Hardmattunterführung bis zur Hardmattstrasse eine Wegrechtparzelle einzurichten. Eine Wegrechtparzelle so auszuscheiden, dass man das bestehende Strassenprofil im Bereich der Unterführung der Hardstrasse aus bis an die Hardmattstrasse weiter zieht. Wünschenswert wäre, wenn der Gemeinderat sicherstellen könnte, dass dort, wo die Bauarbeiten bereits begonnen haben, im Zug dieser Bauarbeiten gerade auch der Veloweg bzw. das kurze Teilstück der kantonalen Veloroute erstellt wird.

Kurt Lanz: Der Gemeinderat verlangt die Beteiligung an einem Shuttlebus. Dies ist grundsätzlich richtig. Ich meine gehört zu haben, dass wir dies bereits im Zusammenhang mit Möbel-Pfister, IKEA hatten. Wenn die Betreiber der Läden keine Transportkonzession haben, müssten wir den Shuttlebus vergessen. Was ist nun konkret geplant und was passiert, wenn der Shuttlebus wieder vom Betreiber gemacht wird und dieser keine Konzession bekommt? Ist dies auch ein Papiertiger, der am Schluss keine Zähne hat?

GR Rolf Wehrli: Es wurden diverse Fragen an die BPK gerichtet. Eine habe ich zu beantworten von Albert Willi. Der Gemeinderat ist beim Kanton regelmässig vorstellig, d. h. es sind regelmässige Zusammenkünfte mit dem zuständigen Regierungsrat. Nächstes Jahr wird der Kleinmattkreisel gebaut und nachher geht es weiter. Die vorderen Kreisel wurden bereits gebaut, dies musste die Bauherrschaft machen. Wir sind

zusammen mit dem Kanton daran und nach der EM ,08 geht es nun mit den Kreiselbauten vorwärts.

://: Der Einwohnerrat überweist die Quartierplanvorschriften „Hardmatt“ einstimmig an die BPK.

Geschäft Nr. 2573 Quartierplanvorschriften „Häring und Coop Areale“, 1. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 28. Oktober 2008

GR R. Wehrli: Ein weiteres Geschäft, das Freude macht: Quartierplan Häring und Coop. Alteingesessene und vorbildliche weltweit tätige Unternehmen. Es liegt auch im Interesse der Gemeinde und des Gemeinderates, dass die freiwerdenden Areale zwischen der Schlossstrasse und der Gottesackerstrasse im Zentrum von Pratteln einer neuen, der zentralen Lage entsprechenden Nutzung, zugeführt werden. Die bisherigen Nutzungen sind längerfristig am bestehenden Ort raumplanerisch und verkehrlich nicht mehr zweckmässig. Aus Punkt 1. 3 Planungsverlauf und dem übrigen Inhalt können sie entnehmen, dass es sich um einen profund und äusserst vorbildlich ausgearbeiteten Quartierplan handelt. Ein musterhaftes Vorgehen zur Erreichung optimaler Ziele. Es wurde uns auch von Seiten der Firma Häring mitgeteilt, dass der Steuersitz auch zukünftig in Pratteln bleiben wird. Bei den Zuschauern sind von Seiten der Firma anwesend Herr Häring und Herr Rolf Kissling. Mit den vorgesehenen Nutzungen entwickelt sich Pratteln sehr erfreulich weiter. Der Gemeinderat empfiehlt ihnen, auf das Geschäft einzutreten.

Urs Hess: Auch die SVP-Fraktion hat das Geschäft geprüft; es handelt sich um eine tolle Sache. Es sind trotzdem einige Fragen offen, die noch geklärt werden müssen. Bei einem Fachgremium wie der BPK und nicht von einem Gremium von 40 Leuten, ist dieses Geschäft gut aufgehoben. Für uns ist klar, es gibt noch eine Prüfung. Ist der Quartierplan, so wie er hier vorliegt, überhaupt kompatibel mit dem Richtplan Salina-Raurica, der noch nicht beschlossen ist, aber wahrscheinlich noch beschlossen wird. Es geht um die Tramlinie und andere Punkte. Wir freuen uns, wenn wir den Quartierplan definitiv verabschieden können.

Roger Schneider: Auch unsere Fraktion hat sich intensiv mit dem Quartierplan auseinandergesetzt. Im Sinne eines effizienten Ratsbetriebs haben wir uns am Mitwirkungsverfahren beteiligt und dort Punkte einbringen können, die bereits bearbeitet sind. Ich hoffe, dass es dem Gemeinderat eine Lehre sein wird, dass man die Einladung zu einer Mitwirkung nicht mitten in die Sommerferien legt, und ein in der Planung erwähntes Hochhauskonzept gar nicht zur Verfügung steht; dies finde ich nicht fair. Wir finden, dass diese Planung Potential hat für die erste mustergültige Projektentwicklung für Zentrumszonen im Bereich Pratteln-Mitte. Wir sind für Eintreten und Überweisung an die BPK. Verdichtung in diesem Bereich: Neben den verdichteten Räumen sollen auch Räume offenbleiben, die der Öffentlichkeit als Park zur Verfügung stehen. Dieser Punkt hat nicht direkt mit der Quartierplanung zu tun; dem bin ich mir bewusst. Mit der Quartierplanung direkt zu tun hat der Punkt 2.14 der Zusammenfassung aus der öffentlichen Mitwirkung. Dort geht es um die Parkplatzbewirtschaftung. Der Gemeinderat nimmt dort Stellung: „Wir erachten diese Massnahme als falschen Ansatz für die Verkehrslenkung“. In der vorher besprochenen Planung Hardmatt ist jedoch in Ziffer 7 Abs. 5 genau eine solche Parkraumbewirtschaftung vorgesehen. Und eine solche wünschen wir auch für dieses Reglement.

Thomas Vogelsperger: Zuerst möchte ich auf die tolle und umfassende Dokumentation aufmerksam machen. Es ist fast alles beschrieben, was wir wissen müssen. Herzlichen Dank. Zwei Kritikpunkte: 14 Tage vor der Einwohnerratssitzung sind für eine solche komplexe Vorlage fast zu kurz. Eine Woche vor der Sitzung möchte man dies noch in der Fraktion beraten und sich vorher einlesen. Der nächste Kritikpunkt ist das erwähnte Hochhauskonzept, schade, kannten wir dieses nicht schon vor dem Vorliegen der Vorlage. Dann hätten wir in einer öffentlich geführten Diskussion mit der Einwohnerschaft auf den Zahn fühlen können, weil gerade Hochhäuser auch emotionale Themen auslösen. Prinzipiell steht die SP für die verdichtete Nutzung des knappen Bodens, um nicht unüberbaute Areale nicht auch noch zuzupflastern. Denken wir hierbei an Blözen, wo das Volk klar gesagt hat, dass man dies nicht überbauen will, sondern als Reserve offen behalten. Laut diesem Projekt soll das Bahnhofsareal Wohn- und Dienstleistungszentrum werden. Das Areal befindet sich in einer Zentrumszone. Mit dieser, besonders durch den öffentlichen Verkehr, verkehrstechnisch gut erschlossenen Zone, besteht für die Gemeinde Pratteln eine grosse Chance, die Entwicklung zu einem Dienstleistungszentrum mit attraktivem Wohnangebot nicht zu verpassen. Die produzierende Industrie entfernt sich immer mehr aus den Gemeinden. Eine andere Tendenz ist, dass vermehrt Personen wieder in die Agglomeration zurückkommen, also die umgekehrte Bewegung wie vor Jahrzehnten, in der man aufs Land hinaus ging. Gründe dafür sind attraktive berufliche Gründe, Nähe zur Stadt, das Angebot des öffentlichen Verkehrs. Darum nimmt natürlich auch der Druck auf Wohnraum in Pratteln zu und es muss in der Gemeinde attraktiver und bezahlbarer Wohnraum insbesondere für Familien zur Verfügung stehen. Das vorliegende Projekt kann auch diesen Aspekt sehr gut erfüllen. Diese Überbauung würde auch für Pratteln einen positiven Charakter abgeben. Unter Umständen käme auch die SBB auf die Idee, dass ein Schnellzughalt in Pratteln unbedingt notwendig ist. Mit dem vorliegenden Quartierplan Häring und Coop werden die Weichen für Pratteln in die richtige Richtung gestellt. Dieses Projekt sollte nach Möglichkeit noch vor der Überbauung in der Rheinebene verwirklicht werden. Die Fraktion der SP-Pratteln ist für Eintreten und Überweisung an die BPK. Auf einige Details wird später eingetreten. Dazu möchte ich hier nur kurz nennen: Die Erschliessung von der Zehntenstrasse ist zu präzisieren, die Situation für den Langsamverkehr im Quartier zu überprüfen und das Hochhaus ist noch eine Diskussion bezüglich Höhe und Architektur wert.

Stefan Löw: Es freut mich zu hören, dass die Fraktionen diesem Quartierplan positiv gegenüber stehen. Auch wir von der FDP-Fraktion stehen ihm sehr positiv gegenüber. Es handelt sich um ein ambitiöses Projekt an einem sehr attraktiven Standort mit hoher Wertschöpfung und guter Anbindung an ideale Verkehrsmittel. Wir möchten den Gemeinderat auffordern, auch die Bevölkerung einzubeziehen und wie in vergangenen Jahren eine öffentliche Orientierung zu veranstalten, damit die Bevölkerung einbezogen wird und vielleicht auch uns zusätzliche Inputs gibt. Für die BPK ist es nicht die einzige Aufgabe und eine schwierige Aufgabe, aber ich bin der Meinung, dass die zuständigen Personen kompetent in der Lage sind, Auskunft zu geben und auch die BPK zu unterstützen. Ich bitte daher um Überweisung an die BPK; diese ist mit Sicherheit im Stande gute Arbeit zu leisten.

Christin Schäublin: Eintreten ist unbestritten, es folgt Direktberatung.

Daniela Berger: Eine kritische Stimme zum Quartierplan und Hochhauskonzept: Wir konnten vorher sehen, wie es aus rein topografischer Sicht aussieht. Wir haben weniger über die sozialen Auswirkungen geredet, was passiert, wenn man Hochhäuser baut; eines, zwei oder noch mehr. Mir geht es darum, zu überlegen, was es heisst ein „urbanes Pratteln“ zu werden. Es handelt sich nämlich um einen richtigen Meilenstein, wenn wir diesen Quartierplan als ersten bewilligen und weitere folgen. Für verdichtetes Bauen bin ich auch. Es ist wichtig und typisch, dass Agglomerationsgemeinden ihren Boden sinnvoll nutzen und alle Infrastrukturen und gerade, wo der Verkehr ist, dies auch optimal genutzt ist. Es ist klar, dass ein Hochhaus auch Probleme geben

kann. Gerade wenn man soziale Strukturen und Beziehungen anschaut. Ich erinnere daran, dass die Anonymität zunimmt, an die Nachbarschaftshilfe und andere soziale Strukturen, die man in Hochhäusern nie so richtig fertig bringt. Ich habe selber nie in einem Hochhaus leben wollen und es dann doch 6 Jahre lang gemacht. Hier in Pratteln im 6. Stock. Ich habe die Aussicht genossen und habe in den 6 Jahren keine tolle soziale Nachbarschaft fertig gebracht, wie es vorher im Augarten in einem vierstöckigen Gebäude war. Wenn man in die Höhe baut, kann man nicht dieselben sozialen Strukturen erreichen. Wir Menschen sind keine Affen mehr und leben gerne am Boden und auf der gleichen Höhe -nämlich horizontal. Ein Hochhaus ist für Familien total uninteressant. Für wen ist es interessant? Es sind wahrscheinlich die kinderlosen Doppelverdiener oder ältere Personen mit genügend hoher Rente, die sich das leisten können. Aber, habe ich mir überlegt, das sind auch Diejenigen, die gut verdienen und diese wissen schon lange, dass Lärm und Gesundheit unvereinbar sind. Diese haben dies aus den Unterlagen schon lange gesehen, dass die Dezibel mit der Höhe nicht weniger werden. Meine Erfahrung im Rankacker war auch dieselbe. Ich habe es in den 6 Jahren nie geschafft, bei offenem Fenster nur 1 Nacht zu schlafen. D. h. in einem Hochhaus so nahe der Bahn wird man immer bei geschlossenem Fenster schlafen müssen. Dies heisst, dass man zwar eine tolle Aussicht hat, aber sonst wie in einem Aquarium lebt, nur ohne Wasser. Hochhäuser haben noch einen ganz anderen Aspekt, der bisher nicht gross besprochen wurde und das ist das Thema Sicherheit. Verdichtetes Bauen ist schon gut und recht, aber wie ist, wenn man in die Höhe baut? Mit der Statik gibt es keine Probleme, aber wie steht es mit der Sicherheit der Bewohner? Was passiert, wenn im 15 oder 20 Stock ein Brand ausbricht? Wie steht es mit der Sicherheit bei einer Havarie der SBB, wo ich gerade letzten Winter zuschauen konnte? Wie hoch geht unsere Drehleiter, die wir gerade für 1 Million angeschafft haben? Ist uns die Sicherheit wichtig genug, dass wir die nötigen Strukturen aufbauen können, dass es uns möglich ist, auch diesen Leuten zu helfen? Oder geht es mehr um Profitmaximierung und Statussymbol einer Firma, damit man sagen kann, dies ist unser Hochhaus? Einen anderen Aspekt hat man bei dieser Konzeptvorlage ebenfalls deutlich gesehen. Das sind Ästhetik und Optik eines oder mehrerer 80-m-Häuser. Da ist Wegschauen nicht möglich, das muss man sehen. Und weil man es muss, müssen alle wissen, was sie anzuschauen haben. D. h. so eine enorme Präsenz von Häusern sollte auch eine enorme Akzeptanz der Leute rundherum haben. Es ist nicht nur für diejenigen wichtig, die darin leben, sondern auch für alle Anderen drum herum. Darum meine Frage heute: Wollen wir ein urbanes Pratteln mit mehreren Hochhäusern werden? Ich finde, dass ist eine Frage, die die Prattler Einwohner beantworten sollten. An die BPK möchte ich daher einige Forderungen im Sinn von Abklärungen weitergeben: Prüfen des Aspektes Sicherheit bei Brand und Havarie für die dortigen Bewohner und dort arbeitende Personen. Auch könnte man verdichtetes Bauen gut ausführen und an eine Profitmaximierung der Bauherrschaft beitragen, indem man zwar nicht so hoch baut, aber einen hohen Riegel entlang der Zehntenstrasse machen würde, der deutlich höher ist, als er heute an der Ecke Bahnhofstrasse/Zehntenstrasse bereits besteht. Das würde einen Lärmschutz für die südlich davon gelegenen verdichteten Wohnungen ergeben. Weiter möchte ich auch ans Herz legen, dass genau geprüft wird, ob behindertengerechtes Wohnen ermöglicht wird. Falls diese Wohnungen nicht vermietet werden, könnte es sein, dass Behindertengruppen oder Seniorengruppen ein Interesse haben, weil der öffentliche Verkehr usw. so nah ist. Aber dann müsste es wirklich behindertengerecht sein. Zum Schluss noch das Überprüfen des Verkehrsflusses. Ich glaube nicht ganz an dass was darin steht, wie es ablaufen sollte mit dem Verkehr.

Thomas Vogelsperger: Ich möchte noch 2 Ergänzungen der BPK mitgeben. Es sollte geprüft werden, wie dies im Bereich Zehntenstrasse mit dem motorisierten Verkehr aussieht. Ist es sinnvoll, wenn der motorisierte Verkehr aus der Tiefgarage heraus über die Zehntenstrasse abfließt? Dort könnten Platzprobleme auftauchen und deshalb muss dieser Sachverhalt detaillierter abgeklärt werden. Weiter muss die Verkehrssituation im Bereich Zehnten-, Schloss- und Gottesackerstrasse überprüft wer-

den. Dies insbesondere für den Langsamverkehr und den Schulweg zum Fröschmattschulhaus. Auch hier sind weitergehende Abklärungen notwendig. Zur Höhe des Hochhauses: Ist die maximale Höhe 80 m? Wie sieht die Architektur aus? Wenn ein Hochhaus kommt, muss hochwertige Architektur geplant werden. Wenn hier noch Fragen offen sind, muss man dies mit den Eigentümern besprechen.

://: Der Einwohnerrat überweist die Quartierplanvorschriften „Häring und Coop Area-le“ mit grosser Mehrheit (1 Gegenstimme, 0 Enthaltungen) an die BPK.

Geschäft Nr. 2574 Beschaffung eines Personentransporters für den Zivilschutz

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 28. Oktober 2008

GR Ruedi Brassel: Vor 1 Jahr wurde beim Budget eine Sondervorlage für die Beschaffung eines Personentransporters für den Zivilschutz verlangt. Hier ist nun diese Sondervorlage mit einigen geänderten Elementen. Wie der Vorlage zu entnehmen ist, konnte vom Samariterverein das Sanitätsfahrzeug übernommen werden und dies zu einem günstigen Gesamtpreis von CHF 100.00. Bei der Beschaffung des neuen Personentransportes kann man sich für dieses Fahrzeug CHF 11'000.00 an den Kaufpreis anrechnen lassen. Ein erstaunliches Renditeobjekt. Auch die Umrüstung des bestehenden Transporters aus dem Jahr 2000 wurde geprüft. Es ist ein Sanitätsfahrzeug und der Zivilschutz darf keinen Sanitätstransport vornehmen. Eine Umrüstung käme auf etwa CHF 27'000.00 zu stehen; die Anschaffung eines neuen Fahrzeuges unter Anrechnung des alten Fahrzeuges ist billiger als die Umrüstung des alten Fahrzeuges. Wir haben hiermit nicht nur eine sinnvolle und nötige und auch günstige Investition, nämlich für CHF 26'751.00 einen Ford Transit Kombi mit Anhängerkuppelung. Die Finanzierung erfolgt aus dem Schutzraumfonds und ist darum rechnungsneutral. Ich bitte daher um Zustimmung zu den Anträgen des Gemeinderates.

Urs Schneider: Die SVP-Fraktion hat das Geschäft studiert und ist für Eintreten. Es ist wichtig, dass der Zivilschutz innert nützlicher Frist verschoben werden kann. Uns ist klar, dass man eine Kompanie von 240 Mann nicht auf ein Mal transportieren kann. Dieser Personentransporter bringt den Vorteil, dass man nicht jedes Mal ein fremdes Fahrzeug ausleihen muss. Das Fahrzeug ist leider nur ein Neunplätzer, bei grösseren Fahrzeugen ist ein besonderer Führerausweis erforderlich. Der Zivilschutz hat in der Vergangenheit Fahrzeuge immer sparsam eingekauft (Occassionsfahrzeuge) und gebraucht. Es sind gegenwärtig 3 Fahrzeuge eingelöst, die auch vom Werkhof gebraucht werden. Dies ist ein Vorteil. Wir sind für Eintreten.

Christin Schäublin: Eintreten ist unbestritten, es folgt Direktberatung.

Daniela Berger: Die SP-Fraktion ist für eine Beschaffung dieses Personentransporters für den Zivilschutz. Wir hoffen, dass er auch noch für andere Eventualitäten und Organisationen genutzt werden kann. Der einzige von mir gefundene Wehrmutstropfen ist, dass es kein Fahrzeug mit Ökodiesel und Partikelfilter ist.

Emil Job: Im Antrag ist von einem Ford Transit Kombi die Rede. In der Prospektbeilage ist ein Ford Tourneo abgebildet. Um welches Fahrzeug handelt es sich genau?

GR Ruedi Brassel: Die Prospektbeilage zeigt das neue Fahrzeug symbolisch, d. h. die Art des neuen Fahrzeuges und soll lediglich der Visualisierung der Vorlage dienen. Es gelingt uns, ein sehr kostengünstiges Fahrzeug anzuschaffen. Wichtig ist auch, dass im Betrieb nicht ausgefault wird; für das ist garantiert.

Der Rat beschliesst einstimmig bei 0 Enthaltungen:

://: Der Einwohnerrat beschliesst die Beschaffung des Personentransporters zum Preis von CHF 26'751.-- (Neupreis Ford Transit Kombi CHF 37'720.-- abzüglich Eintauschpreis Ford Transit Sanitätsfahrzeug von CHF 10'969.--).

://: Die Beschaffung des Ford Transit Kombi wird über den Schutzraumfonds Konto Nr. 160.481.02 abgewickelt.

Geschäft Nr. 2570 Interpellation der Fraktion Grüne/- Unabhängige betr. „Brunnen an der Tramendstation stillgelegt“

Aktenhinweis:

- Interpellation der Fraktion Grüne/Unabhängige betr. „Brunnen an der Tramendstation stillgelegt“ vom 20. Oktober 2008

GR Felix Knöpfel: Es ist richtig, was der Interpellant schreibt. Der Brunnen wurde als Abfallkübel benutzt und ist dadurch oft überlaufen. Vor allem im letzten Winter bei Temperaturen unter Null Grad wurde die Situation gerade im Bereich der Tramhaltestelle mit Glatteis prekär. Darum wurde der Brunnen ab- und später nicht mehr ange stellt. Stephan Ackermann hat den Brunnenmeister gefragt „Wieso hast Du den Brunnen abgestellt?“ Die Abänderung des Brunnens, so dass er nicht mehr verstopft, ist relativ teuer und kostet rund CHF 13'000.00. Dieser Betrag soll ins Budget einfließen. Dies teilte der Brunnenmeister Stephan Ackermann telefonisch mit. Der Interpellant hat dies nicht geglaubt und später die vorliegende Interpellation gemacht. Zur Beantwortung der Fragen:

1. *Soll der Brunnen wieder seinem Zweck als Wasserspender zugeführt werden?*
Ja. Wir probieren es noch einmal.
2. *Hat der Gemeinderat einen anderen Standort vorgesehen?* Momentan nicht. Es heisst zwar schon, Stephan „Nach den Wahlen ist vor den Wahlen“ aber so ernst ist das nicht aufzufassen. Ich danke und hoffe, es gibt keine grosse Diskussion.

Stephan Ackermann wünscht Diskussion.

://: Der Einwohnerrat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

Stephan Ackermann: Wir sind kurz vor Weihnachten und da kann man wünschen. Das hat nichts mit Wahlen zu tun und ich wünsche mir in Zukunft eine Antwort, in der es um die Sache geht. Ich habe den Brunnenmeister nie angerufen. Es hat auch nichts mit 1 oder 2 Wochen zu tun. Wenn ich eine Interpellation einreiche, hätte ich gerne ein Antwort darauf und nicht irgendwelche Erläuterungen von GR Felix Knöpfel, die den Tatsachen nicht entsprechen.

Geschäft Nr. 2571

**Interpellation der Fraktion Grüne/
Unabhängige betr. „Störenfriede im
Schulbus“**

Aktenhinweis:

- Interpellation der Fraktion Grüne/Unabhängige betr. „Störenfriede im Schulbus vom 20. Oktober 2008

GR Ruedi Brassel: Es handelt sich um ein Thema, das sehr viel Aufmerksamkeit erregt hat und jetzt zur Diskussion kommt. Die grosse Aufmerksamkeit ist erstaunlich, weil der Anlass zwar von Bedeutung ist, aber nicht bis in die nationalen Medien gereicht werden muss. Einige Vorbemerkungen: Die Geschichte mit den Belästigungen und Störungen im Autobus steht für mehr als Das, was vorgefallen ist. Sie steht als Symptom für eine gesellschaftliche Entwicklung, in der Autoritäten, Normen und Werte ihre Geltung verlieren und in Beliebigkeit übergehen und Gleichgültig derjenigen, die daneben und darin stehen. Was im Alltag seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten passiert, ist im Bus an einem kleinen Beispiel sichtbar geworden. Dort lässt sich eine Entwicklung packen und zum Thema machen, die sonst nur schleichend bemerkt wird und darum nicht richtig fassbar ist. Dies ist der tiefere Grund, warum der Vorgang eine so grosse Resonanz gefunden hat, die dem eigentlichen Anlass zu grosse Bedeutung gegeben hat. Wenn es um symptomatische Einzelereignisse geht, muss man aufpassen wie man sich äussert. Vor allem muss man sich vor Verallgemeinerungen hüten. Vielleicht wäre es dem Verfasser der Interpellation angezeigt gewesen, auf gewisse Formulierungen besser zu achten, wenn es heisst „Das Benehmen der jungen Fahrgäste ist unhaltbar“. Dann muss man sagen, dass es einige wenige Fahrgäste sind, die sich so benommen haben. Die jungen Fahrgäste sind in der Regel, und das betrifft nicht nur den Autobus, in ihrer Mehrheit anständig. Auch das muss gesagt sein, damit nicht ein falscher Eindruck entsteht. Aber ganz klar ist, und da gebe ich der Interpellation recht, es muss eingeschritten werden, wenn in einem Bus und anderswo Anstand und Sicherheit gefährdet sind. Es wird eingeschritten. Das war bis jetzt so und wird weiter so sein. Es wird eingeschritten von der Gemeindepolizei. Wir haben verschiedentlich von der Gemeindepolizei aus die Busse begleiten lassen, es ist eine Frage der Kommunikation, wie man das einsetzt. Es ist auch klar, das Lösen von Disziplinfragen im Bus kann nicht Aufgabe der Gemeindepolizei sein. Für die Sicherheit im Bus ist juristischen Abklärungen zu folge, primär die Autobus AG verantwortlich und bei anderen Betreibern die anderen entsprechenden Institutionen. Es ist auch klar, dass es nicht ausreicht, die Verantwortung für Sicherheit an einen Ort abzuschieben. Es die Zusammenarbeit aller Akteure. Angefangen bei den Eltern, der Selbstverantwortung der Schüler, bei den Schulen selber, der Autobus AG und auch bei den Sicherheitskräften. Zu den einzelnen Fragen:

1. *Sind die Störenfriede bekannt und wurde mit den Erziehungsberechtigten Kontakt aufgenommen?*

Die Störenfriede sind teilweise bekannt, vor allem dort, wo mutige Busfahrer und Busfahrerinnen mit einer Handycamera die Personen fotografiert haben. Diese Personen wurden identifiziert und haben 4 Nachmittage lang in Liestal Autobusse geputzt. Auch die Eltern wurden benachrichtigt. Dies zeigt, dass durch mutiges und adäquates Handeln die Situation entschärft werden kann. Wo Personen nicht identifiziert wurden, wo sie der Busfahrer nicht kennt, lässt sich dieses nicht machen und es muss in der Schule auf einer anderen Ebene interveniert werden.

2. *Fallen diese Jugendlichen auch andernorts auf?*
Zu vermuten ist es; aber die Gemeindepolizei Pratteln führt keine Personenfichen und es gibt und soll keine Möglichkeit geben, solche Sachen abzuspeichern. Ich weiss auch nicht, ob es in der Absicht der Interpellanten ist, eine Fiche zu führen. Selbstverständlich kennt man in der Schule, bei der Gemeindepolizei und der Sozialjugendarbeiterinnen die Pappenheimer; eine systematische Fichierung ist nicht vorhanden.
3. *Was für Massnahmen haben die Jugendarbeiterinnen der Gemeinde ergriffen, um solche Ausfälligkeiten zu verhindern?*
Die Jugendarbeiterinnen können genau so wenig wie die Gemeindepolizei jede Busfahrt begleiten. Solche Interventionen beschränken sich auf zwei Situationen. Einerseits auf generelle Prävention, Kontaktpflege udgl. Andererseits auf die Intervention, wenn tatsächlich etwas passiert ist: Beruhigung, Deeskalation und allenfalls die Identifikation. Die Leute der Security wurden durch die Autobus AG ohne vorgängige Information der Gemeinde eingesetzt. Die Gemeindepolizei hätte in dieser Phase ohne Probleme auch Einsatzkräfte zur temporären Begleitung der Busse, wie wir es schon früher mit Erfolg gemacht haben, zur Verfügung stellen können. Seither sind keine Probleme mehr aufgetaucht und die Sache hat sich beruhigt. Wichtige ist die vernetzte Prävention von Jugendsozialarbeiterinnen, Schulleitungen und der Autobus AG. Dies ist in Vorbereitung und soll Früchte tragen.
4. *Fallen die Schülerinnen und Schüler auch im Unterricht negativ auf?*
Auch hier führt die Polizei kein Verzeichnis, wer wie im Unterricht auffällt. Dies ist Angelegenheit der Schule und muss nicht im Einwohnerrat verhandelt werden. So allgemein, wie diese Frage formuliert ist, muss ich sagen „Wer von uns ist nicht im Unterricht früher dann und wann negativ aufgefallen?“
5. *Leidet der Schulunterricht?*
Dies ist nicht ein Problem, dass im Einwohnerrat diskutiert werden muss, jedenfalls nicht in diesem Zusammenhang.
6. *Brauchen die Lehrkräfte Unterstützung?*
Es ist bekannt, dass die Anforderungen an die Lehrpersonen gerade im erzieherischen Bereich ständig gestiegen sind, Wer heute in die Zeitung geschaut hat, hat erschreckende Zahlen über Burnout-Syndrome bei Lehrkräften zur Kenntnis zu nehmen. Ganz sicher ist Unterstützung notwendig; aber das hat letztendlich sehr wenig mit den Geschichten im Bus zu tun. Das Problem ist viel grösser und tiefer.
7. *Ist der Gemeinderat mit der Sofortmassnahme der AAGL zufrieden?*
Eine rechtzeitige Information in dieser Woche hätte es der Gemeindepolizei möglich gemacht, am nächsten Tag zur Verfügung zu stehen und die Kurse zu begleiten. Die Autobus AG hat entschieden, in dem Bewusstsein, dass sie für die Sicherheit im Bus zuständig ist, eine externe Firma zu engagieren. Ob diese Massnahme und das Auftreten der Security-Personen im Fernsehen zweckmässig waren, will ich hier nicht beurteilen. Die Gemeindepolizei ist bereit, ihren Einsatz zu leisten und ohne viel Wirbel und mit effizientem Einsatz mindestens denselben Effekt zu erzielen. Voraussetzung ist, dass die Gemeindepolizei über die Problemlage informiert wird.
8. *Hat der Gemeinderat eine nachhaltige Vision wie dieser und ähnlichen ungunstigen Situationen in Zukunft begegnet werden kann?*
Eine Vision hat der Gemeinderat nicht; aber er hat klare Vorstellungen und realistische Vorstellungen. Die realistische Einschätzung ist, dass es leider immer wieder zu ähnlichen Situationen kommen kann, vor allem zu Beginn eines Schuljahres,

wenn die „Hackordnung“ neu erstellt werden muss, wenn das labile Gleichgewicht noch präkerer ist als zu anderen Zeiten. Dann muss die Lage genau verfolgt und auch gut kommuniziert werden zwischen Schule, Autobus AG und Gemeindefriedensdienst. Die Gemeindepolizei wird das Ihre dazu beitragen und ist parat, diesen Einsatz zu leisten. Ich möchte an dieser Stelle dem ausserordentlichen Engagement der Gemeindepolizei Dank sagen. Weiter braucht es Massnahmen, damit Störenfriede identifiziert werden wie beispielsweise der Installation von Videokameras, wie die Gemeindepolizei der Autobus AG schon vor 2 Jahren vorgeschlagen hat. Diese führen sehr schnell zu einer Deeskalation, wie die Vergangenheit gezeigt hat. Weiter können Fahrbegleiter als Peacemaker usw. eingesetzt werden. Das muss von den Betroffenen entwickelt werden und ist nicht Sache der Gemeindepolizei. Die Massnahmen müssen bei den Schülern selber greifen und deshalb braucht es die Initiative an diesem Ort. Ein wichtiger Faktor ist, dass solchen Ereignissen der Stellenwert eingeräumt wird, der ihm zukommt. Mit einer medialen Ausschlichtung werden die Anreize, sich so aufzuführen, eher grösser. Bitte geben Sie diesen Sachverhalten bei einer möglichen Diskussion den ihm zukommenden Stellenwert. Der Gemeinderat ist sich der Problematik wohl bewusst. Er beschönigt Nichts, will aber auch nicht dramatisieren. Er will ganz einfach sichere Busse für Schüler und Schülerinnen und alle anderen Fahrgäste.

Stephan Ackermann nimmt die Antwort zur Kenntnis verzichtet auf eine Diskussion.

Die Sitzung wird um 21.45 Uhr beendet

Pratteln, 11. Dezember 2008

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär-St.V.

Christian Schäublin Joachim Maass